

# Pressemitteilung

## Veranstaltungsreihe „Argumente gegen Autobahnbau“

Frankfurt am Main, den 21. März 2022 (internationaler Tag des Waldes)

Das Bündnis Verkehrswende Frankfurt und die darin beteiligten Organisationen (siehe unten) lädt ein zur dreiteiligen Veranstaltungsreihe „Argumente gegen Autobahnbau“. Die drei Veranstaltungen beschäftigen sich jeweils mit einem Schwerpunkt, der gegen den Bau und Ausbau weiterer Autobahnen und Schnellstraßen im Rhein-Main-Gebiet spricht.

Die Veranstaltungen, ihre Themen und Referent\*innen sind:

1. **Ökologische Qualität der Naturräume** sowie **Planungsethik und Generationengerechtigkeit**  
am Montag, 4. April um 19:00 Uhr im Gewerkschaftshaus  
Dr. Julia Krohmer, Scientists for Future, Frankfurt  
Prof. Dr. Albrecht Müller, Professor für Umwelt- und Planungsethik, Tübingen
2. **Alternative Verkehrskonzepte für den Frankfurter Osten** sowie **Pendlerproblematik in Frankfurt**  
am Donnerstag, 5. Mai um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Saalbau Südbahnhof  
Dr. Jutta Deffner, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt  
Willi Loose, Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn (AUA), Frankfurt
3. **Induzierter Verkehr durch Straßenbau in und um Frankfurt** sowie **Folgen des Straßenbaus für das Klima**  
am Mittwoch, 8. Juni um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Saalbau Südbahnhof  
Prof. Dr. Martin Lanzendorf, Leiter Arbeitsgruppe Mobilitätsforschung, Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Mediator-Dipl.Geogr. Wulf Hahn, RegioConsult GbR, Fachagentur für Stadt- und Verkehrsplanung, Marburg

Jede Veranstaltung ist so konzipiert, dass einerseits das Thema am Beispiel der Planfeststellung A66 Riederwald vorgestellt und dann in einem weiter gefassten Rahmen erläutert wird.

Der Bau der A66 Riederwald ist derzeit das drängendste Autobahnprojekt in Frankfurt, da die Rodung der bisher noch unversehrten Flächen auf der Trasse für den kommenden Herbst droht. In der ersten Veranstaltung wird gezeigt, welche für Frankfurt einmaligen ökologischen Qualitäten dadurch zerstört würden. Der Fechenheimer Wald wird beispielsweise im Arten- und Biotopschutzkonzept der Stadt Frankfurt als Biotop von herausragender Bedeutung bezeichnet. Im westlich anschließenden Teufelsbruch, einem für die Naherholung wertvollen ehemaligen Altmainarmgelände, würde eine über 100 Jahre alte Pappel der A66-Trasse zum Opfer fallen, die von der Deutschen Dendrologischen Gesellschaft als „Rekord-Baum“ gelistet ist. Und die imposante Kastanienallee entlang der Straße Am Erlenbruch prägt das Eingangsportal der Ernst Mai-Siedlung Riederwald.

Willi Loose vom Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn erklärt:

„Wir werden mit der Veranstaltungsreihe die Widersprüche herausarbeiten, dass alle Politiker\*innen und Planer\*innen in Frankfurt sagen, sie würden eine solche Planung nicht mehr unterstützen, wenn sie heute neu vorgelegt würde. Dann aber im gleichen Atemzug erklären, dass sie heute nicht mehr zu verhindern sei und deshalb nun umgesetzt werden müsste. Warum muss heute noch eine Planung politisch umgesetzt werden, die zahlreichen aktuellen Planungsvorgaben widerspricht und die lange in die Zukunft ihre kontraproduktive Wirkung entfaltet?“

Die Planung der A66 Riederwald ist jedoch nur ein Beispiel dafür, dass durch Straßen- und Autobahn(aus)bau immer mehr Autoverkehr nach Frankfurt und in die umliegenden Städte und Gemeinden gelockt wird. Immer schnellere Straßenverbindungen verleiten immer mehr Pendler\*innen dazu, mit dem Auto anstelle mit den Verkehrsmitteln des Öffentlichen Nahverkehrs oder dem Fahrrad zu ihren Arbeitsplätzen zu fahren. Neue und schnellere Straßen führen damit zu verkehrserzeugenden Veränderungen von Siedlungsstrukturen. Dies wird Thema der zweiten und dritten Veranstaltung sein. Am 5. Mai werden wir am Beispiel des Frankfurter Ostens unser Konzept vorstellen, wie wir ohne weiteren Autobahnbau den Autoverkehr nach Frankfurt (und umgekehrt) nutzer- und bewohnerfreundlich gestalten möchten.

Willi Loose: „Der aktuelle Bericht des Weltklimarates (IPCC) zeigt, dass wir mit aller Konsequenz auch den Autoverkehr in unseren Städten und den Stadt-Umland-Verkehr in den Regionen reduzieren und auf umweltfreundliche Verkehrsalternativen verlagern müssen. Dies ist auch ein Beitrag zur Entkoppelung unserer Abhängigkeit von fossilen Energien, die wir von den Despoten der Welt beziehen.“

Unter dem Eindruck dieser Fehlentwicklung hat der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) ein Rechtsgutachten zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) eingeholt, das zu dem Ergebnis kommt, dass dieser Plan verfassungswidrig ist, denn er erfüllt nicht die Forderung des Artikels 20a des Grundgesetzes, der lautet: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...“ Von anderen Verbänden eingeholte Rechtsgutachten kommen zu dem gleichen Schluss: Mangelnde Generationengerechtigkeit.

Im BVWP stehen ca. tausend Verkehrsprojekte, aber es wird mit keinem Wort erwähnt, wie deren Realisierung erfolgen könnte, ohne die Klimaziele zu gefährden. Das bedeutet, dass er die Bewältigung der mit dem übermäßigen Verkehrswegebau auf uns zukommenden Probleme späteren Generationen überlässt. Das ist verfassungswidrig und führt zu der ethischen Frage, wie der Konflikt zwischen den Zielen der Verkehrswegeplanung und der Verantwortung für zukünftige Generationen gelöst werden kann. Dazu spricht in unserer ersten Veranstaltung am 4. April Professor Dr. Albrecht Müller aus Tübingen.

Wolf-Rüdiger Hansen, BUND Frankfurt, Mitglied des Vorstands betont:

„Unsere oft an andere Länder der Welt gestellte Forderung, ihre Urwälder im Interesse des Überlebens der Menschheit zu schützen, wäre mit einer Fortsetzung unserer bisherigen Planungspolitik nicht vereinbar. Die damit verbundene unmäßige Steigerung des Straßenverkehrs und das großflächige Roden von Wäldern sind nicht mehr hinnehmbar. Besonders die Einhaltung des Klimaziels von plus 1,5 Grad bis 2035 wäre gefährdet: durch die notwendigen Baumaßnahmen, den riesigen Betonverbrauch und das induzierte Wachstum des

motorisierten Individualverkehrs. Diese Gefahr muss abgewendet werden. Die Klimaziele müssen oberste Priorität haben.“

Kontakt:

Willi Loose, Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn, Heinrich-Bingemer-Weg 15, 60388 Frankfurt am Main, Tel: 06109 - 50 97 807, mobil: 0178 189 47 12, Email: w.loose@arcor.de

